

DB Cargo: Behindertenpolitische Ausschuss der EVG solidarisiert sich

Der Behindertenpolitische Ausschuss der EVG solidarisiert sich mit der Gesamtschwerbehindertenvertretung und den betroffenen Kolleg:innen der DB Cargo. Die Proteste der Arbeitnehmenden der DB Cargo haben in den letzten Tagen deutlich gezeigt, dass sie nicht bereit sind, die Machenschaften der Arbeitgeberseite einfach hinzunehmen.



Auch der Behindertenpolitische Ausschuss solidarisiert sich mit den betroffenen Kolleg:innen, unabhängig davon, ob sie eine Schwerbehinderung haben oder nicht. Über 1.000 schwerbehinderte und gleichgestellte Mitarbeitende sind fester Bestandteil der insgesamt 37.000 Arbeitnehmenden der DB Cargo. Auch sie werden den geplanten Personalabbau des Vorstands zu spüren bekommen.

„Der Vorstand von DB Cargo handelt ohne Rücksicht auf die Mitarbeitenden, und gerade Menschen mit Behinderungen benötigen besondere Aufmerksamkeit“, erklärte der Sprecher des Behindertenpolitischen Ausschusses der EVG, Uwe Lindholz. Der Gesamtbetriebsrat hatte dem Vorstand Vorschläge gemacht, wie man mit der aktuellen Situation umgehen kann. Diese Vorschläge wurden von der Arbeitgeberseite nicht berücksichtigt; im Gegenteil, sie wurden einfach abgetan.

Darüber hinaus kritisiert der Ausschuss auch die Politik. „Wenn der Klimaschutz an den Kosten scheitert, scheint auch die aktuelle Bundesregierung und besonders der Verkehrsminister die Lage noch nicht verstanden zu haben“, so Uwe Lindholz weiter. Tatsache ist, dass der Schienengüterverkehr siebenmal klimaschonender, dreizehnmal schadstoffärmer und zweiundvierzigmal sicherer als der Straßentransport ist. Zudem ist es evident, dass ein Güterzug 52 Lastkraftwagen auf der Straße ersetzt. Damit werden und wurden unsere Autobahnen und unsere Umwelt täglich deutlich entlastet. Mit den vorgesehenen Kürzungen setzt die Politik diese ersten Erfolge massiv aufs Spiel.